

Die große Frage, die sich Bevölkerungsforscher und eine interessierte Öffentlichkeit in West- und Ostdeutschland noch in den achtziger Jahren stellten, lautete: Hält der Aufschwung bei den Geburten in der DDR, der sich seit Ende der Siebziger abgezeichnet hatte, an? Und wenn ja, was sind die Gründe dafür?

So vermeldete die „Süddeutsche Zeitung“ am 10. März 1984: „Genosse Storch‘ fliegt Planziel an“ (Lölhöffle 1984, S. 11) und gewann aus ihrem Blick nach drüben vier Erkenntnisse, „die auch für die Diskussion in der Bundesrepublik eine Rolle spielen können“. Die erste Lehre: „Das Beispiel DDR zeigt, dass Frauen trotz Dreifachbelastung Mutter/Hausfrau/Berufstätige eher bereit sind, Kinder zu bekommen, indem sie das Babyjahr nehmen und sich dabei ihrer Arbeitsplätze sicher sind“ (Lölhöffle 1984, S. 11). Zweitens habe sich gezeigt, dass man das Abtreibungsrecht legalisieren könne (wie 1971 in der DDR geschehen), ohne dass es zu einer dramatischen Zunahme von Schwangerschaftsabbrüchen kommen müsse. Drittens sei offenbar auch die Annahme falsch, dass „zu kleine Wohnungen, Zukunftsungewissheit und kulturelle Enge“ (Lölhöffle 1984, S. 11) dem Kinderkriegen entgegenstünden. Viertens schließlich könne man offenbar mit materiellen Anreizen die Menschenvermehrung positiv beeinflussen.¹

¹ Dieser letzte Punkt widersprach einem heute noch gängigen Argument der Gegner von bevölkerungspolitischen oder demografisch akzentuierten familienpolitischen Maßnahmen zur Reduktion der Opportunitätskosten des Kinderkriegens. Schließlich hätten doch sowohl die erste als auch die zweite Transition der Bevölkerungsentwicklung in den industrialisierten

Seit 1972 hatte die DDR-Regierung schrittweise eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, die die (in Ost wie West) für ungünstig erachtete Bevölkerungsbilanz – niedrige Geburtenrate und zunehmende Alterung – aufbessern sollten: Kindergelderhöhungen, gestaffelt nach Kinderzahl, Verlängerung des Mutterschutzes und des Mutterschaftsurlaubs, günstige Ehekredite und Baudarlehen für kinderreiche Familien. Den Zielkonflikt zwischen der Stimulierung von Mutterschaften und der wegen akuten Arbeitskräftemangels notwendigen Einbeziehung der Frauen in die wirtschaftliche Produktion versuchte man durch einen radikalen Ausbau der staatlichen vor- und außerschulischen Kinderbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorte) zu lösen. Diese Entwicklung wurde im Westen mit Interesse, aber auch mit Argwohn betrachtet. Häufig verwies man auf die schon angesprochene Dreifachbelastung der Frauen, so wie noch 1991 Hartmut Wendt in der eher konservativen „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“:

Typisch war für die DDR-Gesellschaft der hohe Grad der weiblichen Erwerbstätigkeit, der ideologisch als eine Voraussetzung der Gleichberechtigung legitimiert wurde, volkswirtschaftlich notwendig und zur Sicherung des Lebensniveaus einer Familie unumgänglich war. Das gesellschaftliche Leitbild der Frau, die gleichzeitig berufstätig war und Kinder hatte, war in der Wertestruktur der DDR-Gesellschaft tief verinnerlicht. Die Prägung des Leitbilds der berufstätigen Mutter erfolgte durch die ideologisch-erzieherische Beeinflussung in Verbindung mit sozialpolitischen Maßnahmen. [...] Der vergleichsweise hohe Kinderwunsch, der in den 80er Jahren im Durchschnitt bei 1,9 Kindern je Frau lag, und sein – trotz der hohen Erwerbstätigkeit der Frauen – hoher Realisierungsgrad sind sicherlich einmal auf den hohen normativen Druck des gesellschaftlich gesetzten Leitbildes zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die fehlenden alternativen Möglichkeiten der Lebensgestaltung sowie auf die kompensatorische Funktion, die Kindern unter den hohen Belastungen des sozialistischen Alltagslebens zukam. (Wendt 1991, S. 265)

Es war also nicht alles gut in der DDR. Schlimmer noch: Die Dreifachbelastung zeitigte vielfältige negative Folgen für alle Beteiligten, bis hin zu psychischen Störungen:

Die außerfamiliäre, umfassende gesellschaftliche Betreuung und Erziehung der Kinder in gesellschaftlichen Einrichtungen als Voraussetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie konnte die Probleme nicht lösen, sondern verursachte wiederum neue Probleme. Die über Jahre reichende tageszeitliche Trennung der Kinder von ihren Eltern führte vielmehr oft zu Entfremdungen und Beeinträchtigungen der Familienbeziehungen, aber auch zu psychischen Störungen. Durch die gesellschaftliche Betreuung und

Staaten als auch der nach wie vor horrende Bevölkerungszuwachs in den armen Ländern der „Dritten Welt“ gezeigt, dass mit zunehmendem Wohlstand die Fruchtbarkeitsziffern zurückgingen.

Erziehung der Kinder wurde nicht nur die Erwerbsbeteiligung der Frauen möglich, sondern war auch die angestrebte Gelegenheit einer ideologischen Indoktrination der Kinder, der ‚Kollektiverziehung‘, die als Disziplinierung zu verstehen war, gegeben. (Wendt 1991, S. 267)

Entsprechend könne in einem

vereinten Deutschland [...] nicht ein staatlich vorgegebenes Familienleitbild, kann nicht die Vorgabe von bevölkerungspolitischen Zielen, schon gar nicht die ideologische Steuerung und der Versuch einer unmittelbaren Einflussnahme auf das generative Verhalten, wie dies in der DDR der Fall war, Inhalt und Ziel der Familienpolitik sein. (Wendt 1991, S. 275)

Immerhin könne man aber den Kinderbetreuungseinrichtungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit „besondere Beachtung“ schenken.²

Ging die zusammengefasste Geburtenziffer (das ist jene unsichere Zahl, die eine Aussage darüber trifft, wie viele Kinder eine durchschnittliche Frau im Laufe ihrer reproduktiven Karriere zur Welt bringen wird) in der DDR bereits seit Mitte der achtziger Jahre wieder zurück, so brach sie nach 1989 drastisch ein und fiel zwischen 1992 und 1994 auf unter 1 (Konietzka und Kreyenfeld 2004, S. 28).³

Damals ging das Wort vom „Geburtenstreik“ um. Nach der, auch demografischen, Zäsur der sogenannten Wende und der deutschen Vereinigung stieg sie wieder leicht an, ohne aber das Niveau von vor 1989 zu erreichen. Wie sich später herausstellen sollte, hatten einfach viele junge Frauen in den sogenannten neuen Bundesländern den Zeitpunkt der Familiengründung im Vergleich zu ihren Müttern hinausgeschoben. Es handelt sich hier also um einen Tempo-Effekt.

Aber nicht nur. Die Demografen Dirk Konietzka und Michaela Kreyenfeld haben vielmehr signifikante Differenzen im demografischen Verhalten zwischen Ost und West herausgefunden:

² Es ist dann (vielleicht aus gutem Grund) eher selten vorgekommen, dass die DDR-Kindergärten als Referenz für die Begründung der Notwendigkeit des Ausbaus der vorschulischen Kinderbetreuung in der Bundesrepublik bemüht wurden. Häufiger orientiert man sich an den Vorbildern Frankreich und Skandinavien.

³ In der Demografie gilt für gewöhnlich eine zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer von 2,1 je Frau als „Bestandserhaltungsniveau“. Jede Frau müsste also etwas mehr als zwei Kinder bekommen, damit die absolute Bevölkerungszahl ohne Zu- und Abwanderungen stabil bleibt. Konietzka und Kreyenfeld weisen aber darauf hin, dass die Angaben in den osteuropäischen Transitionsländern der frühen neunziger Jahre wegen des zugleich drastisch angestiegenen Erstgebäralters sehr verzerrt sein dürften.

Wenn man an dieser Stelle die bisherigen Befunde zusammenfasst, dann ist erstens hervorzuheben, dass ostdeutsche Frauen weiterhin bei der Familiengründung etwas jünger als westdeutsche Frauen sind. Zweitens ist die Heiratsneigung im Osten deutlich geringer, und in engem Zusammenhang damit ist die ‚Legitimierungsrate‘ von Kindern erheblich niedriger. Im Unterschied zum westdeutschen Muster der ‚kindorientierten Eheschließung‘ ist die Mehrzahl der Frauen im Osten bei der Geburt des ersten Kindes nicht verheiratet. Ein großer Teil dieser Frauen bleibt auch nach der Familiengründung ledig. Drittens hat sich unter den nichtehelichen Familienformen die nichteheliche Lebensgemeinschaft als vorherrschende Familienform etabliert. Insgesamt verweisen die anhaltenden Ost-West-Differenzen in den Mustern der Familiengründung und des Heiratsverhaltens darauf, dass der Wandel des demographischen Verhaltens in Ostdeutschland nicht auf eine Anpassung an das westdeutsche Modell hinausläuft. (Konietzka und Kreyenfeld 2004, S. 36)

Dabei könnten die ostdeutschen Frauen – einmal mehr – die *Avantgarde* bilden. So wie es aussieht, sind sie mit ihren „Fertilitätsentscheidungen“ dem Zeitgeist näher als ihre Schwestern aus dem Westen, denn:

Im Jahr 1990 stellten Heilig, Büttner und Lutz die provokante Frage, ob mit der rechtlichen, ökonomischen und politischen Wiedervereinigung Deutschlands tatsächlich eine Ost-West-Angleichung verbunden sein würde, oder ob nicht im Bereich der Familienentwicklung eher damit zu rechnen sei, dass die moderneren Familienstrukturen in den neuen Ländern zu einer Erosion der traditionelleren Familienstrukturen im Westen beitragen würden. Fast 15 Jahre nach der Wende lässt sich die Zwischenbilanz ziehen, dass trotz einer Annäherung des Alters bei der ersten Mutterschaft deutliche Ost-West-Differenzen im Heiratsverhalten, in den Familienformen und im Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern fortbestehen. Zumindest dann, wenn mittelfristig die starren Restriktionen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den alten Bundesländern spürbar verringert werden sollten scheint uns eine Annäherung der Muster der Familienentwicklung im Westen an jene im Osten prinzipiell wahrscheinlicher als eine Annäherung in umgekehrter Richtung. (Konietzka und Kreyenfeld 2004, S. 40)

Wenn es denn je zu dieser Angleichung kommt, könnten die ostdeutschen Frauen nicht nur bezüglich ihrer Muster der Familiengründung, sondern auch räumlich längst weitergezogen sein.

Ostdeutsche Frauenbewegung

Eine Einführung

Schmidt, D.

2015, IX, 25 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-06791-5